



Presse-Mitteilung

Rote Karten für die Gesundheitspolitik: Ärzte auf dem Deutschen Schmerztage verabschieden Resolution

Die mehr als 2000 Schmerzexperten auf dem Deutschen Schmerztage 2006 in Frankfurt haben sich der Berlin-Essener Resolution ihrer Berliner Kollegen angeschlossen. Die Teilnehmer dieses größten Fachkongresses seiner Art in Deutschland wollen damit von der Mainmetropole aus Ihre protestierenden Kollegen in Berlin unterstützen. Die Deutsche Gesellschaft für Schmerztherapie gehört zu den Fachgesellschaften, die den Ärzteprotest von Anfang an unterstützt haben.

Dem Protest schließt sich auch die Patientenorganisation Deutsche Schmerzliga an. »Patienten sind vor allem durch die geplante Bonus-Malus-Regelung im Arzneispargesetz betroffen«, warnt Harry Kletzko, Vizepräsident der Deutschen Schmerzliga. »Wir wenden uns gegen eine Listenmedizin, die sich nicht am therapeutischen Fortschritt, sondern ausschließlich an den Kosten orientiert«, so Kletzko weiter. Dies sei eine unzumutbare Bevormundung der Ärzte. Sorge bereitet der Patientenorganisation die ohnehin schon geringe Zahl spezialisierter schmerztherapeutischer Einrichtungen. »Die vorhandenen Schmerzpraxen und -ambulanzen reichen schon heute nicht aus, alle Schmerzpatienten, die eine spezielle Behandlung benötigen, zu versorgen. Durch die derzeitige Entwicklung werden Schmerztherapeuten gezwungen, sich aus der Versorgung zurückzuziehen, warnt Dr. Gerhard Müller-Schwefe, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Schmerztherapie.

Berlin - Essener Resolution der deutschen Ärzteschaft

1. Wir fordern, die freie Arztwahl durch die Patientinnen und Patienten beizubehalten und die Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit der Ärzte zu sichern.
2. Wir fordern für unsere Klinikärzte international konkurrenzfähige Gehälter, die Bezahlung aller Überstunden und die Anerkennung von Bereitschaftsdiensten als vollwertige Arbeitszeiten.
3. Wir lehnen den uns von Politik und Kassen aufgezwungenen, überflüssigen und monströsen Bürokratismus ab. Er stiehlt uns die Zeit für die

Patientenversorgung. Wir lassen uns nicht weiter zu Erfüllungsgehilfen einer staatlichen Rationierungsbürokratie degradieren.

4. Wir fordern die Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Haus- und Fachärztlichen Versorgung durch unabhängige Ärzte, eine Mindestvergütung auf Basis des versprochenen Punktwertes von 5,11 Cent, das Ende der Budgetierung ärztlicher Leistungen sowie den Erhalt der privaten Krankenvollversicherung.

5. Wir sind gegen eine staatlich diktierte Listenmedizin und eine auf Rationierung ausgerichtete Einheitsgebührenordnung mit staatlich diktierten Dumpingpreisen – beides führt zu inakzeptablen Qualitätseinbußen in der Medizin.

6. Wir fordern von der Politik endlich öffentliche Ehrlichkeit und eine Stützung des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt. Für Rationierungen sollen diejenigen einstehen und sich verantworten, die meinen, sie anordnen zu müssen.

7. Wir lehnen jede Koppelung des Ordnungsverhaltens der Ärzte an ihre Vergütung ab. Bonus-Malus-Regelungen sind unmoralische Angebote und dienen nur dem Zweck, die staatlich gewollte heimliche Rationierung unter Demontage der ärztlichen Integrität am Patienten zu vollstrecken.

8. Wir lehnen jede Abwälzung des Morbiditätsrisikos sowie der Mehrkosten medizinischer Innovationen unserer alternden Gesellschaft auf die Ärzte ab.

9. Wir lehnen die Einführung der "Elektronischen Gesundheitskarte" ab, so lange die Unverletzlichkeit der Patientendaten nicht gesichert ist und so lange keine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse vorliegt. Wer den wirtschaftlichen Nutzen an der „eCard“ hat, soll auch deren Kosten tragen.

10. Wir fordern den Wechsel zum Kostenerstattungsprinzip im deutschen Gesundheitswesen, damit für Patient und Arzt Transparenz hergestellt wird und der Arzt wieder ausschließlich Anwalt seiner Patienten sein kann.

In unserer Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger als mündig und selbstverantwortlich ernst genommen werden. Dazu gehört notwendig die Freiheit, über den Umfang der eigenen Gesundheitsversorgung frei von Bevormundung durch Staat oder Kostenträger selbst und eigenverantwortlich bestimmen zu dürfen.